Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Juni 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 62

Unser Verband im Jahre 1919

I.

In einer Zentralorganisation, die bereits 54 Jahre lang den steinigen Boden der Interessenwahrnehmung einer geistig regen Arbeiterschicht beackert, die Untervereine bis zu siebzigjährigem Bestehen (Hannover) aufweisen kann, wird man ein lebendiges Mitteilungsbedürfnis über die im einzelnen getanen Spatenstiche zum Vorwärtsarbeiten erwarten dürfen. Es ist das augenfälligst wahrzunehmen im „Korr.“, der sich gewiß nicht beklagen kann, von dem örtlichen Geschehen im Verbande nicht genügend unterrichtet zu werden. Hier muß vielmehr nach wie vor ein Überschuß an Energie festgestellt werden, für den zweifellos jahrzehntelange Tradition geltend zu machen ist, die jedoch mit der neuzeitlichen schweren Heimsuchung durch beispiellose Schwierigkeiten in der Papierbeschaffung gar nicht vereinbart werden kann.

Eine gewisse Ausgleichstelle könnten aber wohl in einer solchen Zeit die Jahresberichte bilden, die erfreulicherweise selbst von kleinen Orts- und Sparten-vereinen liebevolle Pflege finden. Wer so von unten auf verfolgen kann, wie über die Jahresarbeit Rechenschaft abgelegt wird, wird Freude empfinden über das sich hier mehr und mehr bekundende Verständnis, alles, was nur irgendwie konstruktiven Wert hat, chronologisch festzuhalten und nach seiner organisatorischen Wichtigkeit auszumünzen. Austausch der Jahresberichte unter den Vorständen innerhalb eines Gaues ist gewiß allenthalben üblich. Es werden dadurch Vergleichsmöglichkeiten sowie Anregungen zum Bessermachen gegeben. Die Berichte der Gauvorstände lassen dann in schon zusammengefaßterer Form erkennen, wie gearbeitet worden ist, und wie es um die Organisation auch sonst bestellt ist. Es sind da ganz wertvolle Arbeiten anzutreffen. Indem die Gauberichte auch die Kleinarbeit draußen in den abgelegeneren Provinzorten sowie den Sparten-vereinen miterfassen, haben sie für einen jeden in den mehr oder weniger großen Verbandsbereichen erhöhtes Interesse bekommen. Ein Zurückgehen in die Vergangenheit veranschaulicht ganz bedeutende Fortschritte in der Ausgestaltung der Jahresberichte der Gau- und Ortsvereine.

Es sollen hier nicht die Pferdelängen gemessen werden, die man den Buchdruckern als gegenüber andern Gewerkschaften darin voraus zuerkennen muß. In den ersten 25 Jahren hat es bei uns schlecht genug ausgesehen mit der Pflege auch nur der notwendigsten Aufzeichnungen. Dann kamen die bösen Jahre gewerblicher Anarchie, während denen naturgemäß auch hier keine Besserung Platz greifen konnte. Erst mit der Konsolidierung der Verhältnisse nach dem Neubau der Tarifgemeinschaft im Jahre 1896 ging es nun besser, wenngleich einstweilen noch langsam voran. Jetzt ist, wie schon bemerkt, im allgemeinen ein befriedigender Stand erreicht worden. Es könnte vielleicht für hier und da die Anmerkung nicht nutzlos sein, an kritischen Erscheinungen, wie sie so überaus verworrene Zeitumstände mit sich bringen, nicht ganz achtlos vorübergehen. Mit ihrer objektiven Erwähnung ist auch den Tatsachen Genüge geschehen, um die man ja doch nicht herumkommt.

Der Jahresbericht des Verbandsvorstandes hat die Summierung aller organisatorischen Tätigkeit, der gewerblichen Vorgänge wie der berufswirtschaftlichen Entwicklung zu bilden. Er soll den Mitgliedern die Pflicht der Gegenwart vor Augen führen und die Aufgaben der Zukunft zeigen. Wie der Verbandsjahresbericht nun zum zweiten Male vorliegt, erfüllt er diese Erwartungen. Mit seinen 72 Seiten Umfang, einem in moderner Zeichnung gehaltenen und zweifarbig gedruckten Umschlage sowie der noch einheitlicher durchgeführten Satzgestaltung macht das in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellte Heft einen einladenden Eindruck auf den Empfänger, seiner Bestimmung einer sorgfältigen Lektüre zugeführt zu werden. Wenn der Jahresbericht über 1919 demnächst in den Mitgliedschaften zur Ausgabe gelangt, möge niemand damit säumen und nicht etwa durch die nachfolgenden, mehr für die Öffentlichkeit bestimmten Ausführungen und Auszüge sich des eignen Lesens enthoben fühlen.

Nach dieser Vorausschickung wollen und müssen wir die Anerkennung für alle an der Abfassung und Zusammenstellung des Jahresberichts beteiligten Vorstandsmitglieder setzen, daß sie die in Anbetracht der Generalversammlung des Verbandes wesentlich frühere Fertigstellung trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten durchzusetzen vermochten. Die Gauvorstände und Zentralkommissionen der Sparten haben ihr Material auch viel zeitiger zur Stelle schaffen müssen, sie sind daher nicht ohne Verdienst an dem früheren Erscheinen, das bereits in der letzten Maiwoche liegt.

Was den prinzipiellen Teil des Vorstandsberichts in der seit 1919 eingeführten Reformierung anbetrifft, so behandelt er das politische und wirtschaftliche Gebiet etwas kürzer, aber mit nur weniger schweren Sorgenbetrachtungen als das Jahr 1918. Der Ablauf des ersten Friedensjahres zeige neben manchem Erfreulichen viel Unerfreuliches. Es war ein Jahr des Versuchs, das so viele daran geknüpfte Hoffnungen und Wünsche der Arbeiterschaft nicht in Erfüllung gehen ließ, sie wirtschaftlich nicht vorwärts brachte, Not und Elend durch die fortgesetzte Verteuerung aller notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel noch weiter steigerte. Wenn man in diesem Gedankenzuge das Arbeiten und Ringen im Berichtsjahre wie in den nach altem Brauche noch kurz einbezogenen ersten Monaten des Erscheinungsjahres überblickt, so muß man faktisch zu dem Schlusse kommen, daß der einzige volle Erfolg die verhältnismäßig schnelle und dennoch opferreiche Niederkämpfung des reaktionären Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 durch den zum erstenmal allgemeinen großen Abwehrgeneralstreik gewesen ist. Das Zusammengehen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften mit den politischen Arbeiterparteien und mit der für nur fünf Tage verdrängten Reichsregierung wird gebührend hervorgehoben und betont, daß die organisierte Arbeiterschaft sich dadurch auch ein Mitbestimmungsrecht in allen das Gemeinwohl betreffenden Fragen erstritten habe. Mögen es, das ist unser eigner Wunsch, die Gewerkschaften wesse, aber entschieden ausnützen. Die Unternehmerschaft hat sich zum großen Teil einer Entschädigung des Ausfalls für die Generalstreiklage enthalten, um so ihrer Dankbarkeit an die Arbeiterschaft über das Abschlagen der militärischen und großkapitalistischen Gegenrevolution vielbesagenden Ausdruck zu geben. Im Buchdruck- und im graphischen Gewerbe bildet diese sinnfällige Anerkennung die Regel. Auch das gehört zu den ausgeschobenen Sachen.

Es ist wirklich nicht zu viel gesagt, wenn schon von der Tätigkeit auf dem tariflichen Gebiete, „dem Hauptarbeitsgebiet auch für die Organisation“, im Jahresberichte behauptet wird, daß früher Jahrzehnte dahingegangen seien, ohne daß „eine derartige Fülle von Ereignissen, eine derartige Fülle von Arbeit auf diesem Gebiete sich ergeben hätte. Diese ganze Arbeit, zusammengedrängt auf ein Jahr, zeigt die gewaltigen Schwierigkeiten, die auf dem Lebensgebiet eingetreten, zeigt die gewaltige Veränderung, die gewaltige Unruhe und Unrast, die über Deutschland durch den Weltkrieg heraufbeschworen“. Wenn in diesem Zusammenhange dann noch die im Buchdruckgewerbe eingetretenen „gewaltigen Schwierigkeiten“ Betonung finden, so ist diese sonst ungewöhnliche Häufung von Attributen hier durchaus berechtigt. Sehen wir ja am „Korr.“ das Steigen der Brandung aus eignem täglichen Erleben, und machen wir doch jedenfalls nicht minder kritische Konstellationen durch wie die Verbandsleitung. Vom tariflichen Gebiet ausgehend, wird das organisatorische in unausbleiblicher Übertragung von den Zeitstürmen ebenfalls durchschüttelt. Daß es nicht auch zum Erschüttern gekommen ist, was ja nicht die erste Erscheinung bei den Gewerkschaften wäre, können sich Haupt und Glieder als gemeinsames Verdienst anrechnen. Selbst unter denen, die vom bequemen Platze der Opposition aus Zeit und Dinge beurteilen, läßt sich die Mehrzahl noch von der vernünftigen Ansicht leiten, daß im Mittelpunkte dieser kreisenden Welt nicht verbitternde Kritik und starre Negation stehen können. Es kann mit gutem Gewissen sicher nicht bestritten werden, wenn im Jahresberichte behauptet wird, von der Organisations- wie von der Gehilfenvertretung sei nichts unversucht gelassen worden, die schwierigen zeitlichen Verhältnisse zu meistern, soweit das einer speziellen Berufsorganisation eben möglich sei. Es habe nicht alles erreicht werden können. Manches an den Beschlüssen und Festsetzungen der Organisations- und der Tarifinstanzen vermochte demgemäß nicht die Billigung der gesamten Kollegenschaft zu finden, aber mit einer gewissen Befriedigung könne doch objektivere Bewertung der geleisteten Arbeit konstatiert werden. Wir knüpfen daran den Wunsch, daß auch in dieser Beziehung der Fortschritt noch offensichtlicher werden möge; der allgemeine Prügelknabe „Korrespondent“ wird dann schon automatisch besser davonkommen.

Zwei Gauvorsteherkonferenzen und vier Tarifausschußsitzungen (bis zum Abschlusse des Jahresberichts zu Ende März sogar fünf) werden in ihrem Verlauf und in ihren Ergebnissen geschildert, über erstere auch gedrängte Verhandlungsprotokolle veröffentlicht, desgleichen im Schlußteile noch sämtliche wichtigeren Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes und der Tariforgane. Es wurden demnach erreicht: im Februar 1919 die Abwehr des Kampfes der Prinzipalität gegen die vom Demobilmachungsamt im Dezember 1919 angeordneten Lohnerhöhungen von 10 bis 20 Mk. und deren Festlegung bis Ende August; im Mai nach hartnäckigem Widerstande der Gegenseite selbst noch vor dem angerufenen Schiedsgerichte des Reichsarbeitsamts neue Zulagen im Betrage von 15, 18 und 20 Mk., außerdem ein für die Gehilfenschaft im allgemeinen günstiges Ferienreglement; im August sollte es nach dem festen Willen der Prinzipale zum Abbau der Teuerungszulagen kommen, und zwar um 10 und 20 Mk. wöchentlich, Tatsache wurde jedoch eine Erhöhung von 6 bis 12 Mk., auch wurden die Maschinensetzer wie schon im Dezember 1918 nachverbessernd bedacht; im Dezember 1919 war nach noch größeren Anstrengungen das Resultat 20 bis 28 Mk. Erhöhung. Im Jahre 1919 bestände also der positive Erfolg in einer Lohnsteigerung um 55 bis 83 Mk. wöchentlich, je nach den Lokalzuschlagsklassen. Daß das Jahr 1920 eine weitere, wenn auch jetzt noch nicht genügende Anpassung an die in einfach wahnsinnigem Tempo fortschreitende Verteuerung gebracht hat, zeigt sich an der Brot- und Kartoffelzulage von 5 und 10 Mk., an der in weitem Maße vorgenommenen Neuregelung der Lokalzuschläge, an der im März erst durch Schiedsspruch erzielten und nur durch Dazwischenkommen des Kapp-Putsches ohne offenen Kriegsfall erreichten Teuerungszulage von 50 bis 60 Mk. in drei Raten, die gleich der im Dezember 1919 für die mittleren und kleineren Orte am günstigsten ausfiel, und dann an der im Mai noch bewerkstelligten Erhöhung der Lohnsätze um 18 bis 40 Mk. in zwei Raten. Auf die noch aus dem Jahre 1911 stammenden tariflichen Minimumsätze wären also bis zu dem jetzt geltenden Abkommen auf tariflichem Wege wöchentliche Zuschläge von 139 Mk. in den kleinsten Orten bis zu 215,50 Mk. in Berlin erreicht worden. Die um 4 bis 8 Mk. höheren Teuerungszulagen der Maschinensetzer und die materiell zu einem erheblichen Teile nicht unbedeutenden Lokalzuschlagserhöhungen sind dabei nicht eingerechnet. Wer die Struktur unsres Gewerbes sowohl wie die Durchsetzung der getroffenen Vereinbarungen bei uns im ganzen Reiche sich vergegenwärtigt, wird Schlagworte verschmähen bei seiner Beurteilung des Erreichten, das nach unsrer Überzeugung auch durch Kampf nicht höherzutreiben gewesen wäre.

Daneben ging noch viel andre tarifliche Verbesserungs- und Reformarbeit: Neufestsetzungen der Entschädigungen für Überstunden, Schichtwechsel, Nachtarbeit usw. (Sachen, die sich gar nicht einfach gestalteten und auch nicht immer glücklich gelöst wurden), die Frage der Vertrauensmännerrechte und der Betriebsräte, die Lehrlingsfrage mit dem Ziele der Schaffung einer für die Ausbildung und Bezahlung grundlegenden Lehrlingsordnung, die Bildung einer berufswirtschaftlichen Fachkommission, die gesetzliche An-

erkennung des Tarifs. Die Lehrlingsordnung hat allein erst den Hafen anlaufen können, aber nicht schon im Berichtsjahr; und nun sie endlich so weit gekommen ist, wird in Prinzipalskreisen dagegen mobil gemacht — ein niederziehendes Schauspiel!

Auf organisatorischem Gebiet ist, wie der gegebene Überblick es ohne weiteres klar macht, auch viel Regsamkeit entfaltet worden. Der Verbandsvorstand ist überlastet; zumal mit dem Ausscheiden des durch den Nürnberger Gewerkschaftskongreß 1919 zum zweiten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählten Kollegen Graßmann, dessen Tätigkeit an der Spitze unsrer Organisation die vollauf verdiente Würdigung findet, doch eine eingearbeitete Kraft verloren gegangen ist. Mit der Anstellung des Kollegen Fülle als Verbandssekretär wird wohl der Anfang zur Einteilung der Geschäfte nach Dezernaten gemacht sein. Unsre Organisation hatte Ende 1919 schon wieder 70428 Mitglieder, also 20361 mehr als am Jahresschlusse von 1918 und fast genau so viel wie bei Ausbruch des Weltkriegs: 70452. Aber nicht in noch so starkem Steigen der Mitgliederziffer, womit nach Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen wieder Schluß ist, sondern in der noch sehr ermangelnden Stabilität der Verhältnisse liegt auch für unsre Verbandsleitung eine Unsumme von Erschwernissen ihrer Tätigkeit.

Die großen gewerkschaftlichen Fragen und Aufgaben finden im besonderen Erwähnung durch kürzeres oder näheres Eingehen auf den Deutschen Gewerkschaftskongreß Ende Juni 1919 in Nürnberg, auf den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam Ende Juli 1919 und auf den Ende September 1919 in Luzern abgehaltenen Internationalen Buchdruckerkongreß. Die Beschlüsse dieser Kongresse seitens unsres Verbandes werden angeführt. Der Luzerner Kongreß findet Hervorhebung mit der dort in guter Übereinstimmung erfolgten Stellungnahme zum Krieg und seinen schrecklichen Folgen, mit seiner Erklärung für die bisherige Organisationstaktik und für Fortführung der Tarifvertragspolitik sowie mit der ganz kollegial beschlossenen Zurückverlegung des Internationalen Buchdruckersekretariats in die Schweiz (Bern). Dann wird das Zustandekommen und die Zweckbestimmung des Graphischen Bundes (Sitz Berlin) geschildert, die Umwandlung des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften in den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker (Sitz Leipzig) sowie die nachfolgende Herausgabe der Lehrlingsschrift „Jungbuchdrucker" durch denselben begrüßt. Das schmerzliche Kapitel der Grenzverschiebungen des Verbandes infolge des das Elend Deutschlands bis zur Unerträglichkeit steigernden Versailler Friedens weist aus, daß nach beiderseitiger kollegialer Verständigung namentlich auf dem Unterstützungsgebiet am 1. Juli 1919 der bisherige Gau Elsaß-Lothringen in den französischen Bucharbeiterverband übergegangen ist, wo er eine autonome Sektion bildet. Der größte Teil des Gaues Posen ist zwar dem neuen polnischen Staat anheimgefallen, aber ein tatsächlicher Austritt unsrer Mitglieder und Mitgliedschaften ist noch nicht erfolgt. Verluste haben wir weiter in Schleswig-Holstein, Schlesien, Ost- und Westpreußen zu erwarten, auch in Rheinland-Westfalen (Eupen-Malmedy) wird es zu kleinen Abzweigungen kommen. Wie wir die Stimmung in den betroffenen Kollegenkreisen kennen, wird das Ausscheiden aus unserm Verbande sehr schwer empfunden und alles geschieht, um das zu vermeiden. Wir haben schon mehrmals unsre wärmste Sympathie den Abgetrennten ausgesprochen; es sei hier wiederum getan.

Von den Umwälzungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet im allgemeinen wird die Folgeerscheinung der Errichtung einer Reihe von Instanzen und Einrichtungen angeführt, die auch eine den Zeitverhältnissen entsprechende Umgestaltung der bisherigen Grundlagen bringen sollen, wobei der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht gesichert sein müsse. Deswegen sei der Verbandsvorstand vertreten in der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach, im Außenhandelsausschusse für das Papierfach, im Reichsausschusse für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung sowie in der Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs.

Im Jahresberichte wird die dem Verbandsvorstand und der Redaktion von dem größten Teile der Funktionäre gewordene wirksame Unterstützung dankbar anerkannt. Wir schließen uns dem gern an und werden beim Kapitel „Korrespondent" auch noch andre Kollegen bedenken.

Eine Reihe von Personalien und einige auch im prinzipiellen Teil unentbehrliche Zahlen folgen, und dann gibt es mit einem Ausblick auf die Generalversammlung und die Tarifrevision im Herbst usw. noch eine Betonung der vor uns liegenden reichhaltigen und schweren Arbeit.

Der eigentliche Schlußsatz gipfelt darin, daß die Tätigkeit unsrer Organisation auch fernerhin eine ersprießliche sein möge. „Dieser Wunsch", heißt es wörtlich, „findet Förderung und Unterstützung und kann Erfüllung finden, wenn immer mehr Kollegen sich mit in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen, wenn immer mehr an der Verbreitung und Vertiefung unsrer Ziele und Ausbau unsrer Organisation gearbeitet wird; wenn aber auch nicht vergessen wird, daß das Allgemeininteresse oberstes Gesetz, die feste Richtlinie für die Organisationsarbeit sein muß, und daß gegenüber diesem Allgemeininteresse alle Sonderwünsche, alle Sonderinteressen zurückzutreten haben. Wird diesen Grundsätzen entsprechend gearbeitet und gehandelt, dann wird es der Organisation gelingen, auch die sich immer wieder aufürmenden Schwierigkeiten zu beseitigen, und es wird weiter vorwärts gehen zum Nutzen und Frommen aller!" Also herzhaftes Mitun und ausgeprägtester Allgemeinsinn sind die Gebote der Zeit für unsern Verband — wer könnte das bestreiten und wer wollte da anders handeln?

„Folgenschwerer Edelmut"

betitelt Kollege K. Bechtel (Lörrach) seine Kritik meines Artikels in Nr. 41 des „Korr.": „Fort mit jeder Lohnerhöhung". Es scheint, daß Kollege Bechtel den Hauptzweck desselben nicht verstanden hat. Daß die Lohnforderungen der Arbeiterschaft gerecht sind, liegt für uns alle außer Zweifel. Daß aber mit jeder Lohnerhöhung sich die Lebenshaltung der einzelnen Familien um soundso viel Prozent weiter verschlechtert, mußte auch dem Kollegen B. bekannt sein. Ich habe eine Familie von acht Köpfen und konnte vor einem halben Jahre noch einigermaßen auskommen. Heute reicht der Lohn noch nicht einmal mehr für die rationierten Waren aus.

Das von mir empfohlene Problem sollte nur eine Verbilligung der Lebensmittel herbeiführen. Kollege B. sagt aber, wie nur ein Mann der Arbeiterschaft sich mit dem nächstbesten Kapitalisten betreffs einer Abgabe im Allgemeininteresse auf eine Stufe stellen könne, und schiebt das Gleichnis vom reichen Mann und der armen Witwe vor. Ja, Kollege B., glauben Sie denn im Ernst, der Kapitalist würde nur für uns bezahlen? Nein, wir müßten auch in diesem Falle konsequent bleiben: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte für alle! Wohin aber die enormen Preissteigerungen — auch mitbedingt durch die hohen Löhne — führen, sehen wir jetzt. Die Arbeitslosigkeit steigt bereits ins Ungeheure, und das Elend ist da.

Daß allein schon die Überschrift meines Artikels dem Arbeitsgeberkum Wasser auf die Mühle liefern konnte, davon habe ich hier in Preußen nichts gemerkt. Ebensowenig wie mein Artikel eine Besserung der Lebensverhältnisse herbeigeführt hat, ebensowenig wird er der einheimischen Arbeiterschaft in Lörrach in der Forderung höherer Löhne geschadet haben. Habe ich vielleicht durch meinen Artikel den Kapitalisten das Wort geredet? Man muß schon, auch wenn man weit links steht, sich den Blick vor der wirklichen Erkenntnis haben sehr trüben lassen, wenn man in meinen Zeilen ein Mitgehen mit den kapitalistischen Ideen suchen will.

Emmerich. A. Scholten.

□ □ Zur Generalversammlung □ □

Erwartungen und Notwendigkeiten

Ungeachtet der durch die deutsche Revolution im November 1918 geschaffenen, ursprünglich so günstigen Vorbedingungen zerplatzten all die reichen, nach einer energischen Förderung seiner Wohlfahrt hinzielenden Wünsche und Hoffnungen des arbeitenden Volkes gleich farbenschillernden Seifenblasen in sich selbst. Die leider überaus zahlreichen politischen Arbeiterparteien haben durch ihr Gegeneinanderwirken dem Proletariat eine verworrene Lage hergerichtet, während die wohlgemeinten Rufe und Ermahnungen einsichtiger Leute zur Konzentration der Kräfte und zu geschlossenem Zusammenarbeiten aller sozialistischen Parteien in tauben Ohren verhallten. Zur Zeit ist es nun so weit gekommen, daß umfangreiche Kreise des zersplitterten Proletariats mit einer Stimmung, die an Verzweiflung grenzt, zu ihren Führern aufblicken. Die sonnigen Höhen einer neuen und besseren Welt bleiben leider immer noch in nebelhaften Fernen verhüllt.

Es liegt auf der Hand, daß die gewerkschaftliche Kulturarbeit durch diese unerbaulichen Zustände ungemein erschwert und gehemmt wurde. Die Tätigkeit der Verbände, deren Einfluß übrigens zur Zeit des Beginns der revolutionären Vorgänge (am 31. Dezember 1918 umfaßten dieselben knapp drei Millionen Mitglieder, während nun schon der achten Million zumarschiert wird) zwar ansehnlich war, dennoch aber nicht überschätzt werden darf, sah sich genötigt, innerhalb der ihnen gezogenen gesetzlichen Schranken die Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Diesen Umstand wird man würdigen müssen, um die gewerkschaftliche Wirksamkeit in der Gegenwart objektiv bewerten zu können. Dem an sich recht problematischen, im Ernste nach dem Stande der Dinge in Deutschland sowohl wie im Ausland (mit Ausnahme von Rußland, aus welchem Rätelande bis dato aber unerfreuliche Nachrichten hinsichtlich der Bewährung des Rätesystems zu uns gelangten) auf große Zeitspannen hinaus absolut undurchführbaren Gedanken der Errichtung der Rätediktatur konnten und durften die Organisationen sich nicht anschließen. In Anbetracht des heutigestags vorherrschenden Schlammassels bildet es nun freilich kein Kunststück, der unter bitterster Not seufzenden, politisch und wirtschaftlich nicht genügend orientierten Masse einzureden, die Räterepublik vermöchte das Proletariat aus höllischen Erdengefilden in die paradiesische Welt des Rätelandes hineinzugeleiten.

Zu den unerhörten Verwirrungen und Irrungen der Geister trug noch die Tatsache bei, daß die in enormen Sprüngen und unaufhaltbar immer wieder höher sich schiebenden Teuerungsfluten es den Gewerkschaften wohl aller Produktionszweige unmöglich machten, mittels entsprechenden Hinaufschraubens der Löhne für die Daseinsfristung des Arbeiters den Ausgleich in erforderlichem Umfang erwirken zu können. Am bedenklichsten gestaltete sich das Lohnhöhenverhältnis zur Teuerung natürlich bei den für den Verbrauch minder wichtigen Berufen, so daß die Arbeiterschaft in den weniger gut oder schlecht prosperierenden Produktionsbranchen besonders hart betroffen wurde. Nicht zuletzt ist es die Arbeiterschaft der graphischen Industrie, welcher in überaus reichlichem Maße Gelegenheit geboten wurde, recht unerfreuliche Übungen im Singen unschöner, aber durchaus berechtigter Klagelieder zu veranstalten.

In Berücksichtigung dieser Wahrheit sind darum auch die Wünsche und Erwartungen, mit denen die darbende Schwarzkünstlergemeinde die am 14. Juni im altehrwürdigen Nürnberg beginnende Generalversammlung unsres Verbandes begrüßt, ungemein umfangreich. Von ihr erhoffen die Verbandsangehörigen ein ersprießliches Schaffen zum Wohle des Ganzen. In diesem Sinne möchten wir den geschätzten Abgeordneten ans Herz legen, ruhigen Gemüts und leidenschaftslos alle ihre Handlungen reiflich zu erwägen, auf daß unsre alte und nun zu verjüngende Organisation zu einem machtvollen, alle Stürme dieser bewegten Zeitläufte überwindenden Quaderbau werden möge. Man wird in erster Linie darauf hinarbeiten müssen, lediglich solche Beschlüsse das Sonnenlicht erschauen zu lassen, die im harten Dasein der Praxis als durchführbar anzusprechen sind. Man höre auf die warnenden Stimmen derjenigen, die gegen etwaige Versuche, die Organisation zu einem Experimentierapparat für Verfechter grauer Theorien umzukrempeln, sich zu wenden als notwendig empfinden. Die Kollegen und darüber hinaus die gesamte buchgewerbliche Arbeiterschaft kann keineswegs das Heil darin erblicken, wenn die Generalversammlung Anträge zu organisatorischen, für alle graphischen Verbände fundamentale Bedeutung besitzenden Angelegenheiten akzeptieren würde, die auf dem Papier sich wohl schön und angenehm lesen lassen (z. B. des Kollegen Böttcher bekannte Leipziger Resolution), welche jedoch am Widerstand einer rauhen Wirklichkeit sich brechen; auf alle Fälle aber durch bessere, eher Erfolgsaussicht bekundende Methoden, wie solche in der gleichfalls bekannten Drehler-Schaefferschen Resolution als schon vorhanden betrachtet zu werden verdienen, ersetzbar sind. Wenn die zweifellos einige brauchbare Punkte enthaltende Böttchersche Resolution seitens einer Leipziger Mitgliederversammlung Annahme fand, so bedeutet das nicht etwa einen unumstößlichen Nachweis bezüglich ihrer Tauglichkeit im ganzen.

In der Pleißestadt wird so manches beschlossen, über das man baß staunen muß. Hier bietet sich oft genug zu der Beobachtung Gelegenheit, daß bei einem Teile der Kollegen das Urteilsvermögen in derartigen Dingen nicht über jegliche Zweifel erhaben dasteht. Große, vieles versprechende Worte finden noch größeren Beifall. Ob die Versprechungen hernach gehalten werden können oder nicht, darüber nachzudenken, gilt bei vielen als überflüssige geistige Strapazierung. Was man aber als „Taten" in die Welt setzt, hat schon manchmal sprachlos gemacht. So hat im April d. J. eine radikal zu sein sich einbildende Versammlungsmehrheit die Abschaffung des obligatorischen Bezugs des von ihr nicht geliebten Verbandsorgans beschlossen. Zu einem Zeitpunkt also, wo jedes Verbandsmitglied den „Korr." notwendiger als jemals hat. Dieser noch unter gütiger Mitwirkung des Kollegen Böttcher in einer schwächer besuchten Versammlung durchgesetzte aufklärungsfeindliche Beschluß ist unklug, reaktionär und bedeutet nichts weiter als einen kräftigen Schlag ins Wasser. Hat doch der „Korr." so gut wie gar keine Leser dadurch eingebüßt. Die Leipziger Kollegen hingegen müssen ihn nun teurer bezahlen und haben den für den obligatorischen Bezug üblich gewesenen Betrag obendrein in dem Gaubeitrage weiter zu entrichten. Die Schildbürger hätten auch keinen größeren Geniestreich verüben können! Gegen die von dem in Leipzig erscheinenden „Graphischen Block" verbreitete „Massenaufklärung" vermag der „Korr." allerdings nicht aufzukommen. Dem Kollegen Böttcher blieb es aber vorbehalten, dem Bildungsbedürfnisse der Kollegen durch eine von ihm verfaßte Broschüre über den Verband ganz besonders entgegenzukommen. Aber diese ungemein objektive Darstellung von Verbandsangelegenheiten wie über die im „Graphischen Block" sich offenbarende Tendenz wird wohl die Nürnberger Generalversammlung auch zu einer Urteilsabgabe gelangen. Sonst aber hat sich in Leipzig schon ganz augenfällig gezeigt, daß die „revolutionären" neuen „Bonzen" gleichfalls nicht die Welt aus den Angeln zu heben vermögen, und daß ihnen nichts andres verbleibt, als die vermaledeite Taktik ihrer Vorgänger weiter zu befolgen.

Die Nürnberger Entschließungen sind nach ihrem Inkrafttreten als das im Organisationsleben maßgebende Gesetz zu betrachten, dem jede Mitgliedschaft (auch Leipzig!) und jedes Mitglied sich unterordnen müssen; andernfalls kommen wir zu chaotischen Situationen. Es verdiente als das schönste Ergebnis der Tarifverhandlungen bewertet zu werden, wenn in wahrhaft brüderlichem Geiste die Verbandstagsteilnehmer sich vereinigen im redlichen Wollen, die Organisation aus dem Zustande der Zerfahrenheit wiederum zurückzuführen zu einer Grundlage, auf der sich eine unzerreißbare Phalanx der gesamten Verbandsgemeinde herstellen läßt. Die sehr bedenkliche allgemeine Lage sowohl wie das von einer Katastrophe unverkennbar bedrohte graphische Gewerbe bieten ein eindringliches Menetekel, uns gegen kommende schwerste Gefahren zu wappnen. Parteipolitische Streitigkeiten sollten

schon aus diesen Gründen in der Organisation nicht ausgetragen werden, und wir erachten es als eine Selbstverständlichkeit, daß einige vorliegende Anträge, welche die Aufgabe des religiösen Neutralitätsstandpunktes unsrer Gewerkschaft verlangen, in Nürnberg Ablehnung finden.

Bedeutsame Aufgaben stehen dem Verbande bevor! Das Sozialisierungsproblem im Berufe muß vorwärtsgebracht werden. Um eine Beschleunigung dieses Werkes herbeiführen zu können, sind die Beziehungen der graphischen Organisationen zueinander aufs innigste zu gestalten mit dem Ziel, aus dem Graphischen Bunde den Industrieverband in naher Zeit erstehen zu lassen; das wirtschaftliche Rätesystem, mit all dem zusammenhängend, soll ebenfalls tatkräftigste Förderung finden. Auch die Lohnfrage im Buchdruckgewerbe, fort und fort komplizierter werdend, drängt zur Lösung hin. Die Zustände auf diesem Gebiete sind aus mannigfaltigen Gründen so verwickelt geworden, daß es ohne ein energisches Eingreifen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Zweck einer Regulierung der Lohnhöhe in allen Produktionsbranchen nebst hierzu erforderlicher gleichzeitiger und merklicher Senkung in den Lebensmittel- wie allerwichtigsten Bedarfsartikelpreisen nicht abgehen wird. Und auch bei andern Angelegenheiten darf nicht übersehen werden, daß noch manches von den jetzt im Brennpunkte des Interesses gestellten Problemen im engen Rahmen unsrer verhältnismäßig nicht großen Gewerkschaft durch deren Kraft allein schwerlich erledigt zu werden vermag. In vielem bedarf es gemeinsamer, zähester Wirksamkeit aller Gewerkschaften, um vorwärtsdringen, das jetzt so erbärmliche Dasein der Arbeiter wieder besser gestalten zu können. Aufgabe der Generalversammlung wird es sein, in dieser Richtung kräftig vorzustoßen!

Möge also die überaus wichtige Tagung des Verbandsparlaments Ergebnisse zeitigen, welche zur weiteren Kräftigung der Organisation beitragen und letztere in den Stand setzen, auch fürderhin fruchtbare Kulturarbeit leisten zu können. Und wenn schließlich nicht alle Wünsche realisierbar sind, wenn insbesondere nichterfüllte Hoffnungen hinsichtlich des Unterstützungswesens bei manchem Kollegen Enttäuschungen hervorrufen sollten, so möchten diese Unzufriedenen bedenken, daß die Verhältnisse auch dem Verbande der Deutschen Buchdrucker eine Grenzlinie ziehen, welche derselbe nicht überschreiten kann und darf!

Leipzig. J. Waldweiler.

Korrespondenzen

Braunschweig. Am 25. April fand unsre **Bezirksversammlung**, die leider nicht besonders stark besucht war, statt. Eingangs wurde eines verstorbenen Kollegen ehrend gedacht. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Abrechnung vom ersten Quartal entgegengenommen. Sodann nahm die Versammlung zur Tarifausschußsitzung Stellung. Bei Besprechung der Anträge zur Generalversammlung kam allgemein zum Ausdruck, daß die bisherige bewährte Art unsrer Gewerkschaftspolitik auch in Zukunft die einzige Gewähr für die Erreichung günstigerer Arbeitsbedingungen biete und hieran festzuhalten sei. Die Anträge mit starkem radikalen Einschlag erfuhren durchweg Ablehnung.

Frankfurt a. M. (Schriftgießer.) Unsre **Generalversammlung** am 21. April ehrte zunächst das Andenken zweier verstorbener Mitglieder in üblicher Weise. Die neuausgelernten Kollegen wurden durch den Vorsitzenden mit herzlichen Worten als Mitglieder begrüßt und ermahnt, sich am Vereins- und Versammlungsleben und den gebotenen Fortbildungsbestrebungen rege zu beteiligen. Nun gab Kollege **Lange** einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit den Prinzipalen am 14. April in Leipzig. In der Aussprache über die dort getroffenen Vereinbarungen gaben die Kollegen der Stempelschen Doppelgießmaschine ihre Unzufriedenheit durch eine längere Erklärung kund, sie fordern von der nächsten Tarifausschußsitzung mehr Berücksichtigung bzw. bessere Entlohnung für ihre körperaufreibende Tätigkeit an dieser Maschine. Auch die Hilfsarbeiter wünschen etwas mehr Lohnausgleich zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die äußerst stark besuchte Versammlung des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Frankfurts a. M. stimmt den in Leipzig beschlossenen Vereinbarungen zu, obwohl diese neuen Lohnsätze nicht im mindesten den Preiserhöhungen der letzten Monate gerecht werden. Mit Erstaunen nehmen die Versammelten davon Kenntnis, daß die Herren Arbeitgeber den Antrag stellten, den (§ 3 Absatz 6 im Reichstarife) verbürgten Lohn zu streichen. Die Versammlung erklärt, daß mit dem verbürgten Lohn auch das Akkordsystem im Gewerbe fällt." Nachdem die Kollegen von der Doppelgießmaschine erklärt hatten, daß ihre Kundgebung keine Demonstration gegen die Annahme der neuen Vereinbarungen sein sollte, wurde diese gegen 13 Stimmen angenommen und dem Kollegen Lange sowie allen Gehilfenvertretern Dank ausgesprochen für ihre Tätigkeit. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß das Jahr 1919 das kampfreichste seit Bestehen des Vereins gewesen ist. Der Bericht des Kassierers gab Veranlassung, einer baldigen Beitragserhöhung näherzutreten. Dem Vorstande wurde aus der Versammlung Dank gezollt für seine Mühewaltung. Vorsitzender Dornis sah sich leider genötigt, aus familiären und gesundheitlichen Rücksichten sein 23 Jahre innegehabtes Amt niederzulegen, und an seiner Stelle wurde Kollege **Felix Lange** als Vorsitzender gewählt.

L. Bezirk Gießen. Die am 25. April abgehaltene **Frühjahrsbezirksversammlung** stand unter dem Zeichen der schlechten Verkehrsverhältnisse und war nur von 74 Kollegen besucht. Auch diesmal hatten wir die Pflicht, einiger verstorbener Kollegen ehrend zu gedenken. Nach Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichts wurde ein Antrag angenommen, der den arbeitslosen Bezirksmitgliedern einen Zuschuß von täglich 2 Mk. bis zur Inkrafttretung der neuen Unterstützungssätze gewähren soll. Durch einen wöchentlichen Extrabeitrag von 50 Pf. und einen Zuschuß aus der Bezirkskasse sollen die Mittel hierzu aufgebracht werden. Die Einführung der neuen Teuerungszulagen ging in allen Ortsvereinen glatt vonstatten, nur die kleineren Provinzorte bieten halt jedesmal Schwierigkeiten. Bei der Vorstandswahl, bei der der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer eine Wiederwahl ablehnten, wurden die Kollegen Fr. **Diesholz** als Vorsitzender und R. **Glegow** als Kassierer gewählt. Bei den übrigen Ämtern trat keine Änderung ein. Ferner wurde noch beschlossen, den Bezirksbeitrag vom 1. Juli ab von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

Görlitz. In der **Versammlung** am 16. April nahm die Verbandsgehilfenschaft einmütig gegen die Abspliitterungstendenzen der schlesischen Prinzipalität von der Tarifgemeinschaft Stellung. Man war einstimmig der Meinung, diese Durchlöcherung mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen und erkläre, nach wie vor einmütig auf dem Boden der Reichstarifgemeinschaft zu stehen. Der Vorsitzende gedachte im weitern des Ablebens unsres Kollegen Sachers, der für Ort und Bezirk als früherer Vorsitzender Großes geleistet habe. Sein Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Am 1. April feierte unser Kollege **Kriegel** sein 50jähriges Berufsjubiläum. Gau sowie Bezirk beglückwünschten ihn zu dieser seltlichen Vollendung und überreichten ihm die üblichen Geschenke; Kollege Kriegel, der auch bereits 45 Jahre Verbandsmitglied ist, konnte sein Jubiläum in seltener geistiger und körperlicher Frische begehen. Die Geschäfte des Bezirks sind dermaßen umfangreich geworden, daß eine Trennung notwendig erschien. Zum Ortsvorsitzenden wurde Kollege **Kosik** gewählt, die Geschäfte des Bezirksvorsitzenden versieht weiterhin Kollege **Püsch**. Der Ortsvereinsbeitrag wurde auf 1 Mk. wöchentlich erhöht.

Hamburg-Altona. (**Mitgliederversammlung** am 12. April.) Unter „Vereinsmitteilungen" teilte Vorsitzender **Runtzler** u. a. mit, daß augenblicklich 158 Kollegen arbeitslos sind. Ein Antrag, mit den hiesigen Prinzipalen umgehend in Verhandlungen einzutreten um Erhöhung der Teuerungszulagen und bei Ablehnung den Schlichtungsausschuß anzurufen, wurde mit geringer Majorität abgelehnt mit der Begründung, daß durch die nachträgliche Annahme des Schiedsspruchs keine Möglichkeit bestände, für Hamburg eine Kündigung des Abkommens zum 1. Mai auszusprechen, außerdem sich der Schlichtungsausschuß wahrscheinlich, wie schon früher, für unzuständig erklären und die Frage an das Tarifschiedsgericht verweisen würde. Den Kartellbericht erstattete **Pleczyk**. Über „Die Aufgaben der Generalversammlung des Verbandes" sprach **Runtzler**. Die Aussprache über diesen Punkt war eine sehr lebhafte. Von sämtlichen Rednern wurde betont, daß es notwendig ist, die Verbandsstatuten einer Umänderung zu unterziehen, und zwar in freiheitlicher, der Jetztzeit entsprechender Richtung. Den Mitgliedern muß mehr Mitbestimmungsrecht gegeben und bei Tarif- und Lohnfragen die Urabstimmung eingeführt werden.

Mainz. Die **Bezirksversammlung** am 14. April befaßte sich in der Hauptsache mit den Betriebsrätewahlen. In einem wohldurchdachten Vortrag erläuterte Kollege **Kloes** den Aufbau und die Zusammensetzung der Betriebsvertretung, Wahlordnung und das Wahlverfahren sowie die Aufgaben des Betriebs- und Arbeiterrats. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß das Gesetz noch manche Lücken aufzuweisen hat und neben einem eingehenden Studium einer gründlichen Nachprüfung bedarf. In die Organisation aufgenommen wurden acht neuausgelernte Kollegen. Den Schluß der Versammlung bildeten Fragen örtlicher Natur. — Zu einer schlichten, aber in echt kollegialem Geiste gehaltenen Abschiedsfeier waren am 17. April die Kollegen des Bezirks erschienen, um ihrem zum Gauvorsteher gewählten und von Mainz scheidenden Kollegen **Conradi** ihre Anerkennung für seine 30jährige ersprießliche Tätigkeit im Interesse der Bezirkskollegen auszusprechen. Mit zu Herzen gehenden Worten zollten die Kollegen **Wenrich**, **Kloes**, **Blaschke** und **Brigeordneter Adelung** der rastlosen gewerkschaftlichen Tätigkeit des Kollegen Conradi warme Anerkennung. Für den unterhaltenden Teil hatte das „Gesangsquartett Gutenberg" bestens gesorgt und die hervorragenden musikalischen Leistungen einer jungen Künstlerin und eines jungen Geigenvirtuosen, beide aus Mainz, die sich in liebenswürdiger Weise in den Dienst der guten Sache stellten, verdienen lobende Anerkennung.

Rundschau

Gehilfenprüfung. Die Gehilfenprüfung in Mühlhausen i. Th. fand diesmal verspätet statt, da lange Zeit kein Prinzipal das Amt des Prüfungsmeisters übernehmen wollte. Der Prüfung unterzogen sich 5 Setzer und 3 Drucker. Das Ergebnis war bei den Setzern im Theoretischen 3 „Gut", 2 „Fast gut"; im Praktischen 3 „Gut", 1 „Fast gut" und 1 „Genügend"; bei den Druckern im Theoretischen 1 „Gut", 2 „Fast gut", im Praktischen 1 „Fast gut", 2 „Genügend".

Berufsgenossenschaftliche Betriebshelferkurse. Zu den früher schon angekündigten Orten werden weiter in folgenden bei genügender Beteiligung Betriebshelferkurse durch die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft eingerichtet werden: In Schwerin i. M. durch Herrn Dr. Meyn. Anmeldungen haben bis spätestens zum 25. Juni 1920 zu erfolgen, und zwar bei Herrn Buchdruckereibesitzer Axel Kruger, i. Fa. Sandmeyersche Hofbuchdruckerei in Schwerin. In Lübeck durch Herrn Dr. Wex. Anmeldungen haben bis spätestens zum 25. Juni 1920 zu erfolgen, und zwar bei Herrn Buchdruckereibesitzer Georg Schmidt, Lübeck, Mengstraße 16. In Rostock durch Herrn Dr. med. Wolter. Anmeldungen haben bis spätestens zum 25. Juni 1920 zu erfolgen, und zwar bei Herrn Buchdruckereibesitzer Karl Boldt in Rostock. Der Unterricht erfolgt an ungefähr zehn Abenden und ist kostenlos, nur wird regelmäßiger Besuch erwartet. Teilnehmen kann jeder, der im Buchdruckgewerbe tätig ist. Näheres ist durch oben genannte Herren zu erfahren, bei denen die Anmeldungen zu erfolgen haben. Wir empfehlen diese Kurse allgemeiner Berücksichtigung und möchten der Auffassung Ausdruck geben, daß jedes Druckereipersonal durch einen oder mehrere Vertreter sich daran beteiligen sollte.

Teilweise Verständigung im Buchbindergewerbe. Wie wir der erst nachträglich bei uns eingegangenen „Buchbinderzeitung" (Nr. 24 vom 6. Juni) entnehmen, erfordert unsre Mitteilung über „Gescheiterte Tarifverhandlungen im deutschen Buchbindergewerbe" in voriger Nummer eine wesentliche Richtigstellung. Als gescheitert sind nämlich die Verhandlungen nur insoweit zu betrachten, als es sich um Buchbindereibetriebe handelt, deren Inhaber dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer angeschlossen sind. Die Vertreter dieses Verbandes, die hauptsächlich für die Städte Berlin, Leipzig und München in Frage kommen, beteiligten sich nicht mehr an den Verhandlungen, nachdem die Arbeitervertreter mit aller Entschiedenheit erklärt hatten, daß sie keinerlei Abänderung der im Manteltarif festgelegten Arbeitszeit zustimmen können, dagegen gingen die Verhandlungen mit den Vertretern des Bundes der deutschen Buchdruckereinnungen und dem Reichsverband der Buchbindereien weiter und führten nach schwierigen Verhandlungen unter Ausschaltung der Arbeitszeitfrage zu einer Verständigung, wonach die **Stundenlöhne** für Buchbindergehilfen je nach Orts- und Altersklassen ab 1. Juni zwischen 2,60 Mk. und 4,85 Mk. und ab 5. Juli zwischen 2,65 Mk. und 5,05 Mk. betragen werden; was einer Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne um 10 bis 45 Pf. gleichkommt. Das neue Lohnabkommen gilt bis 31. August 1920. In den Betrieben des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer soll durch örtliches Vorgehen eine entsprechende Lohnerhöhung herbeigeführt werden. Zu beachten ist außerdem noch, daß für die dem Bund deutscher Buchbindereiinnungen angehörigen handwerksmäßigen Betriebe, die in der Regel nicht mehr als drei Personen beschäftigen, die neuen Lohnerhöhungen keine Anwendung finden, sondern die bisherigen Reichstariflöhne auch fernerhin bestehen bleiben.

Gewerkschaftliche Forderung auf sofortigen Abbau der Lebensmittelpreise. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an die Reichskanzlei, an das Reichsarbeitsministerium und an das Reichswirtschaftsministerium infolge täglich sich mehrender Kundgebungen aller gewerkschaftlichen Körperschaften im ganzen Reiche die eindringliche Forderung auf sofortigen Abbau der Lebensmittelpreise gerichtet. Es wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß schwere Erschütterungen unsres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens bevorstehen, wenn nicht unverzüglich ein sehr tatkräftiges und fühlbares Eingreifen der zuständigen Reichsbehörden in dieser Richtung erfolge. Es bestehe die große Gefahr, daß mit weiterer Verschärfung der Notlage oder auch nur mit weiterem Gehen- oder Geschehenlassen sich Elemente der Bewegung bemächtigen, bei denen es sich nicht um eine Beseitigung der Notlage der arbeitenden Bevölkerung, sondern um die Erreichung extremer politischer Ziele handelt. Fast aus allen Kundgebungen spreche bis jetzt noch die Erkenntnis, daß mit weiteren Lohnerhöhungen eine dauernde und wirksame Abhilfe nicht zu erreichen sei, sondern daß diese nur erzielt werden könne durch sofortigen und scharfen Abbau der Preise. Geschehe dieses aber nicht unverzüglich, dann bestehe allerdings die Gefahr, daß die Verzweiflung sich in noch weiteren Lohnforderungen Luft mache, die in Anbetracht der großen Spannung zwischen tatsächlichem Einkommen und notwendigem Lebensbedarf eine bisher nicht dagewesene Höhe erreichen dürfte, die dann, auch wenn sie nur zum Teil bewilligt würden, die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse noch mehr erschweren dürfte, als es ohnehin der Fall ist.

Die Wirtschaftskrise im Urteil des Reichswirtschaftsministers. Am 3. Juni hielt der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vor dem Wirtschaftsrat, der zu einer Aussprache über die Geschäftsstockung infolge der Valutabesserung zusammenberufen war, eine große Rede über die Entstehung der jetzigen Wirtschaftskrise. Trotz ihrer schweren Schattenseiten beurteilte er diese Krisis als eine Gesundungserscheinung. Die Überkapitalisierung der Wirtschaft sei der größte Fehler gewesen, der sich jetzt durch die Krise rache. Die Unternehmer seien daher selbst an diesem Rückschlage schuld. Ähnlich liege es auch bei der Landwirtschaft, wo die Besitzwerte um das Vier- bis Fünffache künstlich in die Höhe getrieben worden seien, und nun eine schwere Belastung der landwirtschaftlichen Produktion aus eigner Schuld darstellen. Die jetzigen Preise für landwirtschaftliche Produkte könnten unter keinen Umständen auf ihrer jetzigen Höhe bleiben; und ein Schuß der deutschen Landwirtschaft durch Schutzzölle könne in Zukunft nicht mehr in Frage kommen. Nur die Durchführung des genossenschaftlichen Gedankens werde hier helfen können. Noch weniger günstig seien die Aussichten für die Industrie; das gelte aber auch für das Ausland. Zurückhaltung der Kunden und weichende Tendenz der Preise seien eine inter-

nationale Erscheinung geworden. Die Kaufunlust sei nicht als verderblich zu bezeichnen; denn durch sie werden die Preise im Kleinhandel sicher herabgedrückt werden. Der Preisrückgang sei notwendig und seine Folgen müßten überwunden werden, selbst auf die Gefahr vorübergehender Arbeitslosigkeit hin. Ohne eine Zurückführung der Preise auf die natürlichen Gestehungskosten der Waren gäbe es keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Krisis. Während Amerika und England gewaltige Kräfte in sich gesammelt haben, die zu einer Beherrschung des Weltmarktes führen werden, seien Frankreich und Deutschland zum Krüppel geschlagen, die sich gegenseitig helfen sollten wie der Blinde und der Lahme. Eine Annäherung an Rußland biete für uns gute Aussichten, zumal für uns der Vorzug der territorialen Lage vieles aufwiege, was andre Staaten nur mit mehr Kapital erreichen würden. Die Diskussion über diesen Vortrag nahm mehrere Stunden in Anspruch. Die Unternehmer- und Handelsvertreter bekämpften die Außenhandelsabgaben als eine Erschwerung des Exports, wogegen sich ein Gewerkschaftsvertreter energisch für deren Aufrechterhaltung aussprach.

Neue Zulagen zu Unfallrenten. Durch Verordnung vom 5. Mai 1920 sind die Rentenzulagen für Unfallrenten beträchtlich erhöht und auf eine andre Rechnungsgrundlage gestellt worden. Auch sind sie ausgedehnt auf Unfallrenten von 50 Proz. an (statt wie bisher von 66⅔ Proz.) sowie auf Witwen- und Waisenrenten aus tödlichen Unfällen. Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung sind noch nicht ergangen, auch im übrigen erfordert die Durchführung der neuen Zulagen umfangreiche Druck-, Rechen- und Schreibarbeiten, so daß sie trotz aller Anstrengungen erst allmählich in den nächsten Wochen und Monaten zur Auszahlung kommen können. Inzwischen laufen die bisherigen Zulagen von 20 Mk. monatlich weiter und werden später auf die neuen Bezüge vom 1. Januar d. J. an verrechnet. Die Empfänger von 50 Proz. und darüber, ebenso die von Witwen- und Waisenrenten brauchen, um die neue Zulage zu erhalten, bei ihrer Berufsgenossenschaft keinen besonderen Antrag zu stellen. Die neuen Zulagen werden ihnen von Amts wegen zukommen. Durch unnötiges Schreibwerk wird im allgemeinen die wünschenswerte schnelle Abwicklung eher verzögert. Dagegen müssen sich diejenigen Rentenempfänger melden, die aus verschiedenen Unfällen mehrere Renten von zusammen 50 Proz. oder mehr beziehen, weil sie von Amts wegen durch die Berufsgenossenschaften nicht genau festgestellt werden können.

Gesetzlicher Lohnabzug als Steuerzahlung. Nach einer Verordnung vom 21. Mai hat der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 mit Wirkung vom 25. Juni 1920 ab in Kraft gesetzt. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesem Tag ab verpflichtet sein, 10 Proz. des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarten des Arbeitnehmers zu kleben. Die Arbeiter sind verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörden ihres Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Die Steuerkarten sind bei den Postanstalten zu erhalten. Die näheren Ausführungsbestimmungen werden in Kürze im „Zentralblatte für das Deutsche Reich" veröffentlicht werden. Auch werden die Landesfinanzämter noch entsprechende Bekanntmachungen erlassen. Hier sei nur noch darauf hingewiesen, daß der Arbeitgeber nach §§ 357 und 387 der Reichsabgabenordnung als Gesamtschuldner haftet und die Verfehlungen gegen die Vorschriften in Verbindung mit dem § 55 des Einkommensteuergesetzes gestraft werden. Zur weiteren Information über die Reichseinkommensteuer, ihre Voraussetzungen, Bemessung, Abzüge usw. verweisen wir auf den Artikel vom Kollegen Güldenberg in der Beilage von Nr. 47 unter dem Titel „Die neue Reichseinkommensteuer".

Verschiedene Eingänge

„Typographische Jahrbücher." Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 5. 41. Jahrg. 1920. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 12 Mk.

Briefkasten

J. M. in S.: 1. Danken für Einverständnis, wäre aber demnächst erst an die Reihe gekommen. Es dauert eben so lange jetzt mit den sogenannten gewöhnlichen Berichten. 2. Das andre wird als Ortsbericht gebracht werden. — W. B. in O.: Nach dem Verbandsstatut hat jedes Mitglied in parteipolitischer und religiöser Beziehung Bewegungsfreiheit. Die Mitgliedschaft in einem christlichen Vereine kann Ihnen also nicht verwehrt werden. Betätigt sich dieser Verein aber gewerkschaftsgegnerisch, was in mannigfacher Weise geschehen kann und von hier aus gar nicht zu beurteilen ist, dann müßten Sie allerdings das eine tun und das andre lassen. — Th. Schulz in Osterburg („Altmärkische Zeitung"): Ihre stets bekundete Spekulation auf die ärmsten deutschen Buchdruckergehilfen ist so „niederziehend", daß wir eine andre Behandlung Ihrer Person auf keinen Fall in Aussicht stellen können. — P. G. in Kiel, W. G. in Mühlhausen i. Th. und andre: In der Veröffentlichung von Stellungnahmen zum letzten Tarifausschußergebnis ist endgültig Schluß eingetreten. Ausnahmen können nicht gemacht werden.

◻◻◻◻ Verbandsnachrichten ◻◻◻◻

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Potsdam. Quartieranmeldungen der Delegierten zum 26. Gautage des Odergaues in Potsdam sind bis spätestens Sonnabend, den 26. Juni, an den zweiten Vorsitzenden K. Donath, Junkerstraße 29, einzusenden.

Adressenveränderungen

Duisburg. (Bezirk und Ort.) Die Geschäfte des Bezirks- und Ortsvereins führt vom 12. Juni bis 5. Juli der zweite Vorsitzende Willi Salz, Buchholz (Bez. Düsseldorf), Blumenstraße 1.

Köthen (Anhalt). Vorsitzender: Paul Eens, Franzstr. 58 II.

Neubabelsberg. Vorsitzender: Hermann Ebell, Nowawes, Kleiststraße 12.

Potsdam. (Bezirk.) Vom 10. bis 27. Juni sind alle Zuschriften, die den Vorsitzenden betreffen, an den zweiten Vorsitzenden Karl Donath, Potsdam, Junkerstraße 29, zu richten.

Sorau. Vorsitzender: Paul Thomas, Große Ringstraße; Kassierer: Richard Obgartel, Lessingstraße 9.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau **Dresden** die Setzer 1. Richard Kern, geb. in Taubenheim 1879, ausgel. in Neusalza b. Spremberg 1914; 2. Benno Pech, geb. in Schirgiswalde 1886, ausgel. das. 1905; waren schon Mitglieder. — Heinrich Wendsche in Dresden, Grüne Straße 12 II.

Im Gau **Hamburg-Altona** die Setzer 1. Walter Bolz, geb. in Hamburg 1890, ausgel. in Bergedorf 1909; 2. der Drucker Wilhelm Wirblatt, geb. in Hamburg 1897, ausgel. das. 1916; 3. der Maschinensetzer Heinrich Schlachter, geb. in Altona 1898, ausgel. in Marne 1916; waren schon Mitglieder. — Fr. Runtzler in Hamburg, Besenbinderhof 57 II.

Im Gau **Hannover** 1. der Schweizerdegen Richard Bosse, geb. in Querfurt 1877, ausgel. in Merseburg a. d. Saale 1895; 2. der Setzer Gustav Handke, geb. in Bernstadt (Schlesien) 1873, ausgel. in Helbra (Prov. Sachsen) 1891; waren schon Mitglieder. — Gustav Pfingsten in Hannover, Emilienstraße 3.

Im Gau **An der Saale** der Drucker Paul Müller, geb. in Leipzig 1878, ausgel. das. 1896; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7.

Im Gau **Württemberg** der Setzer Wilhelm Englert; war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Heusteigstraße 54.

Versammlungskalender

Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 4. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Raben" in Dortmund, Hansastraße.

Zentralkommission der Maschinensetzer Deutschlands.

Dringende Mitteilungen oder Anfragen adressiere man in der Zeit vom 10. bis 24. Juni an den Kollegen Karl Vierath (per Adresse Konrad Müller), Nürnberg, Kirchenstraße 20 IV.

Schriftgießer

Junge, tüchtige Komplettmaschinengießer werden für dauernde Kondition gesucht. Vorgezogen werden solche Gießer, die auch justieren können. [499
Offerten samt Zeugniskopien sind an die Graphische Kunstanstalt Karl Göbl Nachfolger, Bukarest (Rumänien), Strada Paris 16, einzusenden.

Zuverlässiger, äußerst tüchtiger, kaufm. gebildeter **Fachmann** mit reich. Erfahrung in der Leitung groß. Buch-, Stein- und Zeitungsdruckereien mit Nebenzweigen sucht Stellung als **Geschäftsführer** oder technischer Leiter in einem Partei- oder genossenschaftlichen Betriebe. Einlage oder Kaution kann geleistet werden. Eintritt nach Vereinbarung. Beste Zeugn. u. Empfehlungen. Gefl. Angebote erbeten an [547
Gahnz, Berlin N 4, Novalisstraße 13, Quergebäude II.

Zwei Auswanderer aus Polen
(früheres preußisches Teilgebiet)
erster Maschinenmeister
30 Jahre, verheiratet, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, im Platten- und Werkdruck besonders erfahren, guter Apparat- und Maschinenkenner, sowie
Setzerstereotypeur
28 Jahre, verheiratet, flott im Akzidenz-, Werk- und Inseratensatz, vollständig mit allen Arbeiten der Rund- und Flachstereotypie vertraut, suchen für bald oder später in Deutschland (jedoch nur in gleicher Stadt) dauernde, angenehme Stellung.
Gefl. Offerten befördert W. Meltner, Breslau 9, Brigittenthal 19.

Essen! Düsseldorf!
Rotations- und Flachdruckmaschinenmeister
vertraut mit Zwei- und Vierrollenmaschinen, Tiegel, Schnellpresse, Zweitouren, Bogenanleger König, Dux, Rotary, Universal, sucht Stellung in Essen oder Umgebung. Essen bevorzugt. Tüchtiger Akzidenz-, Werk-, Platten-, Illustrations- und Rotationsdrucker. Im Dreifarbendruck nicht unerfahren. Angebote unter „Maschinenmeister" befördert H. Hinge, Essen W, Kölner Straße 52.
Rheinland! [540] Westfalen!

Lernt fremde Sprachen!
Diese Mahnung kann jetzt, wo es gilt, unsre Handelsbeziehungen mit dem Auslande von neuem auszubauen, nicht oft genug ausgesprochen werden. Sprachkundige werden bald in allen Geschäftszweigen gesucht werden, dem Sprachkundigen werden sich die besten Wege zum Vorwärtskommen eröffnen. Fremde Sprachen erlernen Sie leicht und bequem, ohne Lehrer und ohne Schulbesuch nach der weltberühmten Methode Toussaint-Langenscheidt. Diese Methode ist von Autoritäten auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft bearbeitet. Auf Grund ihrer unerreicht dastehenden Aussprachebezeichnung lernen Sie so wie der Franzose, Engländer usw. sprechen. Keine Vorkenntnisse und keine höhere Schulbildung erforderlich. — Verlangen Sie heute noch kostenlose Zusendung unsrer Einführung Nr. J 39 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache.
Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg.

Hebräisch-deutscher Setzer
der die Sprache vollkommen beherrscht, gesucht. [549
Rosenthal & Ko., Berlin NW 21, Alt-Moabit 105.

Rührige
Anzeigenwerber
von jg. südd. techn. Fachzeitschrift bei 30 Proz. Vergütung an allen größeren Plätzen gesucht. Angebote unter Nr. 543 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gleich wohin! Ledig!
Junger strebsamer
Schriftsetzer
(Schweizerdegen) sucht sofort oder später Stellung.
Gefl. Angebote unter P. F. 532 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Setzer nur für Russisch
sucht zum 12. Juni Stellung. [539
B. Sprossow, Berlin O 17, Gehlerstraße 7 II bei Fr. Claus.

Junger
Schriftsetzer
22 Jahre alt, sucht Stellung. Hamburg bevorzugt. Offerten unter B. B 551 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger Schriftsetzer
sucht Kondition, wo er sich im [544
russischen Satz
vervollkommnen kann. Egal wohin.
Gefl. Offerten an P. Israel, Neukölln, Emser Straße 10.

Junger
Schriftsetzer
23 Jahre alt, sucht zum 1. Juli oder später Stellung, wo er Gelegenheit hat, sich an der Linotypesetzmaschine auszubilden. (Am liebsten in der Gegend von Mannheim.) Gefl. Angebote unter P. D. 555 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jüngerer
Linotypesetzer
(„Ideal"), durchaus selbständig, korrekt, mit dreijähriger Praxis, sucht Stellung. Mittel- und Süddeutschland bevorzugt. Angebote unter A. S. „Ideal" 526 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger, arbeitsfreudiger
Schweizerdegen
sucht Stellung, womöglich in Süddeutschland. Angebote an [541
Joseph Zwigart, Endingen a. K. (Baden).

Junger, strebsamer
Maschinenmeister
bewandert in Zeitung, Akzidenz, Werk und besseren Druckarbeiten, sucht sofort oder später Stellung.
Offerten erbeten an [533
Walter Westenfeld, Neubrandenburg, Turmstraße 34.

Achtung! [553
Berliner Rotationer!
Die Juniversammlung fällt aus. Nächste
Versammlung
Sonntag, den 4. Juli. Berichterstattung von Sparteikongreß und Generalversammlung. Der Vorstand.

Preisliste Nr. 3, 1920
ist erschienen
und wird auf Verlangen gegen Einsendung des Portos zugesandt.
Verlag des B.-V. d. D. B., GmbH., Leipzig, Salomonstraße 8 III.
Postsch.-K. 53430. / Fernruf 12789.

Maschinenband
Friedensqualität, liefern [67
Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Kalkulationsunterricht
erteilt brieflich [453
Kalkulationsbureau Abogast
Freiburg i. Br., Schwarzwaldstraße 91.

Ich zahle 3 Mk. monatlich
und bestelle bei
C. K. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde.
Marlitts sämtliche Romane 10 Bände **30 Mk.**
billigste Ausgabe. [545
Anzeige mit Adresse einsenden.

Für die mir anläßlich meines 30 jähr. Verbandsjubiläums erwiesenen Aufmerksamkeiten seitens der Kollegen, Vorstände und Freunde sowie dem Gesangverein „Gutenberg" für die schönen Liedervorträge meinen [554
herzlichsten Dank!
Bremen, 3. Juni 1920.
Diedr. Brunssen, Setzer.

Zeilenmaß m. 6 Einteil. 50 Pf. C. Fritz, Frankf. a. M., Weberstr. 23.

Werkzeugkasten verschließbar sow. sämtl. Werkz. für Maschinenmstr. u. Setzer empf. i. best. Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Stötteritz, Papiermühlstr. 5 II. Preisl. grat. u. franko.

Am 9. Mai verschied an den Folgen eines Schlaganfalls unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Karl Ruß
Wir verlieren in ihm ein braves Verbandsmitglied. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. [542
Ortsverein Bühl. Bezirksverein Lahr.

Wieder hat der Tod ein Opfer von uns gefordert. Am 1. Juni verschied an Herz- und Nierenleiden, die er sich im Felde zugezogen hatte, unser lieber Kollege, der Setzer [548
Karl Jahr
aus Weißenfels, im Alter von 35 Jahren. In ihm verliert nicht nur der Ortsverein, sondern auch der Typographische Klub und der Gesangverein „Gutenberg" ein äußerst rühriges Mitglied. Es sei ihm deshalb ein ehrendes Gedenken gewidmet.
Bezirks- und Ortsverein Erfurt. Typographischer Klub Erfurt. Gesangverein „Gutenberg" Erfurt.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verstarb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [552
Ferdinand Krup
geboren am 19. April 1875 zu Elmshorn.
Sein rechtschaffener Charakter und sein kollegiales Wesen sichern ihm ein Andenken über das Grab hinaus.
Hamburg, den 2. Juni 1920.
Die Kollegen des „Hamburger Fremdenblattes".

☞ Einzahlungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 61323

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 62. — Leipzig, den 8. Juni 1920

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Die wichtigsten Zeit- und Streitfragen, die die Arbeiterschaft, speziell die Gewerkschaften, gegenwärtig beschäftigen, finden ihren Niederschlag in den Tagungen der Zentralverbände. Diese Tagungen bieten infolge ihrer Zusammensetzung von vornherein eine bessere Gewähr für eine von ruhiger Überlegung getragene Lösung strittiger Fragen als irgendeine Mitgliedschaftsversammlung. Die weitaus meisten Teilnehmer einer Generalversammlung setzen sich aus erprobten und erfahrenen Gewerkschaftsgenossen zusammen, aus Kollegen, die selbst mitgeschafft und mitgelitten haben und mit ihrer Berufsorganisation innig verwachsen sind. Sie fühlen sich demgemäß in höherem Grade mitverantwortlich für das Ganze als gewerkschaftliche Eintagsfliegen, die im rücksichtslosen Herunterreißen alles dessen, was in zäher Organisationsarbeit aufgebaut wurde, das höchste Erfordernis unsres revolutionären Zeitalters erblicken, ohne allerdings etwas Besseres dafür bieten zu können. Mit sachlicher Opposition, die heilen und bessern will, haben die Bestrebungen jener Gewerkschaftsdilettanten nichts zu tun, und naturgemäß bieten ihnen Verbandsgeneralversammlungen keinen günstigen Resonanzboden. Die dort zu fassenden Beschlüsse müssen sich der Wirklichkeit gegenüber als hieb- und stichfest erweisen. Die Frage, was unter „zeitgemäß" zu verstehen ist, hat Ferdinand Lassalle, einer der verdientesten Vorkämpfer für die Gewerkschaftsbewegung, einmal wie folgt beantwortet: „Was man der Zeit durch Vernunft, Wissenschaft und Logik beweisen kann, das will die Zeit". Wenn das richtig ist — und wir zweifeln keinen Augenblick daran —, dann wird auch die höchste Organisationsinstanz einer Gewerkschaft bei der Beratung von zeitgemäßen Reformen den Boden der Wirklichkeit nicht verlassen dürfen. Zur praktischen Verbesserung der Arbeiterverhältnisse gemachte Vorschläge haben nur dann Aussicht auf Durchführung, wenn sie sich auf Vernunft, Erfahrung und Logik zu stützen vermögen. Die Stellungnahme einer Generalversammlung zu wichtigen beruflichen und wirtschaftlichen Fragen darf nie und nimmer beherrscht sein von maßloser Unzufriedenheit oder parteipolitischer Rechthaberei. Alle Verbandstagungen der jüngsten Zeit lassen sich durchweg von den erwähnten organisatorischen Notwendigkeiten leiten, und es ist sicherlich nicht ohne Interesse, etwas Näheres über Verlauf und Ergebnis der wichtigsten Generalversammlungen zu erfahren.

Der über 400000 Mitglieder zählende **Holzarbeiterverband** hielt Ende April in Berlin einen **außerordentlichen Verbandstag** ab, der zum Unterschiede von der stürmischen Tagung im Juni 1919, obwohl fast die gleiche Zusammensetzung zu verzeichnen war, durchaus harmonisch verlief. Der außerordentliche Verbandstag vermied den politischen Streit und beschränkte sich darauf, wichtige Lebensfragen der Holzarbeiterorganisation zu erörtern. Die zu diesem Zwecke geführten ruhig-sachlichen Auseinandersetzungen zeitigten in allen wesentlichen Fragen die nötige Einmütigkeit. Der ursprüngliche Anlaß zur Einberufung der Tagung lag in der notwendig gewordenen **Neuordnung des Finanzwesens** des Verbandes. Dazu trat die **endgültige Wiederbesetzung der Verbandsleitung**, die durch den Rücktritt Leiparts und den Tod Neumanns verwaist war, und schließlich mußte zur **Lohnbewegung** im Holzgewerbe grundsätzlich Stellung genommen werden, die infolge der ins Stocken geratenen zentralen Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage in ein kritisches Stadium getreten war. Der vorjährige Verbandstag hatte sechs Beitragsklassen bis zum Höchstbetrage von 1.80 Mk. wöchentlich beschlossen. Infolge der Geldentwertung ergab sich schon wenige Wochen nach Inkrafttreten dieser Beitragssätze die Notwendigkeit einer neuen Erhöhung. Im Februar d. J. wurde den Zahlstellen die Einführung eines Extrabeitrags von 25 Pf. bis 2 Mk. wöchentlich empfohlen, was von den meisten Zahlstellen auch durchgeführt wurde. Der außerordentliche Verbandstag beschloß nunmehr die Einführung von zehn Beitragsklassen mit Beträgen von 50 Pf. bis zu 5 Mk. wöchentlich. Sämtliche Unterstützungsarten unterliegen entsprechenden Staffelungen nach Beitragsstufen und Steuerwochen. In Klasse I (Wochenbeitrag 5 Mk.) werden z. B. im Höchstfalle (nach 520 Steuerwochen) gezahlt: Arbeitslosenunterstützung 30 Mk., Krankenunterstützung 15 Mk. wöchentlich; Umzugsunterstützung 92 Mk., Sterbeunterstützung 180 Mk. Die Streikunterstützung soll in der höchsten Beitragsklasse nach einer Karenzzeit von 13 Wochen 50 Mk., nach 26 Wochen 60 Mk., nach 52 Wochen 85 Mk., nach 156 Wochen 100 Mk., nach 260 Wochen 110 Mk. und nach 520 Wochen 120 Mk. betragen. Der höchste Satz der Reiseunterstützung beträgt 3 Mk. pro Tag. Auf Grund des Statuts ist über die Beitragserhöhung eine Urabstimmung vorzunehmen. Von der „Holzarbeiterzeitung" wird es als ein Mißstand bezeichnet, daß die übrigen Verbände in der Frage der doch unvermeidlichen Beitragserhöhung nur so zaghaft folgen. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes wurde beauftragt, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund anregende Schritte in dieser Richtung einzuleiten. Aus der Wahl der Verbandsvorsitzenden gingen hervor Fr. Tarnow als erster Vorsitzender und M. Schleicher als stellvertretender Vorsitzender. Der großen Verdienste der beiden früheren Vorsitzenden wurde besonders gedacht und mit Bedauern festgestellt, daß Leiparts Ausscheiden aus dem Dienste des Verbandes leider ein endgültiges sei. Zur **Gehaltsregelung der Verbandsangestellten** wurde der Grundsatz aufgestellt, daß ihr Mindestgehalt so hoch sein soll wie der Akkordverdienst der berufstätigen Kollegen. Angestellte mit größerer Verantwortung sollen 10 bzw. 20 Proz. höher entlohnt werden. Die Gehälter folgen automatisch der Konjunktur, wie sie sich in der Veränderung der Vertragslöhne ausprägt. Nach jedem zurückgelegten Dienstjahr erhalten sämtliche Angestellte eine monatliche Zulage von 40 Mk., bis nach drei Jahren das Höchstgehalt erreicht ist. Die Stellungnahme zur Lohnbewegung erfolgte in geschlossener Sitzung. In der veröffentlichten Resolution heißt es u. a.: „Der Verbandstag hält an den Bestrebungen einer zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fest. Der bisher geschaffene Reichstarif kann als Grundlage für den weiteren Ausbau eines einheitlichen Vertragsrechts für das gesamte deutsche Holzgewerbe dienen." Dieses selbstverständliche, konsequente Festhalten am Reichstarif, auch nach dem Fehlschlagen der zentralen Verhandlungen über weitere Zulagen, sticht wesentlich ab von der Aufgeregtheit, die in gleicher Situation bei uns in zahlreichen Orten zu beobachten war. Die Holzarbeiter legen eine weit größere Ruhe an den Tag. In der schon erwähnten Resolution des Verbandstags heißt es über die neuen Wege, die nun einzuschlagen sind: „Nachdem die zentrale Regelung der Lohnbewegung an dem Widerstande der Arbeitgeber gescheitert ist, sind die Mitglieder verpflichtet, durch örtliches Vorgehen den zentralen Forderungen Geltung zu verschaffen." Doch auch hier bleibt Voraussetzung für das Gelingen des Kampfes ein geschlossenes, einheitliches Handeln, weshalb es der Verbandstag allen Mitgliedern ausdrücklich zur Pflicht machte, die vom Vorstande für die Durchführung der Lohnbewegung ausgegebenen Richtlinien strikte einzuhalten. Anträge aus verschiedenen Orten mit dem Ziele, die bisherige Tarif- und Lohnpolitik grundsätzlich im linksradikalen Sinne zu ändern, wurden abgelehnt, mehrere andre Anträge, die das Rätesystem, die Arbeitsgemeinschaft und die Industrieorganisation betrafen, dem nächsten Verbandstag überwiesen.

Um die gleiche Zeit wie die Holzarbeiter traten auch die Zimmerer zu einem außerordentlichen Verbandstag des Deutschen Zimmererverbandes in Hamburg zusammen. Die Tagung hatte sich hauptsächlich mit der Stellungnahme zur Erneuerung des Reichstarifvertrags für das Baugewerbe und mit der Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen zu beschäftigen. Nachdem die Verlängerung des alten Tarifvertrags bis zum 28. Mai erreicht worden war, sollten die örtlichen und zentralen Verhandlungen während der Zwischenzeit beendigt werden. Sie verliefen jedoch am 14. April gänzlich resultatlos. Alle Anträge der Arbeiter wurden von den Unternehmern zunächst abgelehnt. Starken Widerstand setzten sie den Forderungen auf Mitwirkung von Arbeitervertretern bei Einstellungen von Arbeitern und bei der Regelung der Lehrlingsfrage entgegen. Eine gänzlich ablehnende Haltung nahmen die Bauunternehmer in der Ferienfrage ein. Auch in der Anwendung des Betriebsrätegesetzes und in bezug auf die Verbindlichkeit ergaben sich erhebliche Differenzen, die nicht zu beseitigen waren. Trotzdem sollen die Tarifverhandlungen nach beiderseitigem Einverständnisse demnächst fortgesetzt werden. Nach einer ausgedehnten Diskussion, in der sich die meisten Redner auf den Standpunkt stellten, daß es nicht auf die Form des Tarifvertrags, sondern auf dessen Inhalt ankomme, stimmte der Verbandstag den von der Zentralleitung gestellten Abänderungsanträgen zum Reichstarif zu unter gleichzeitiger schärfster Verurteilung der abweisenden Haltung des Arbeitgeberbundes. Schließlich forderte der Verbandstag die uneingeschränkte Verbindlichkeit der Tarifverträge. Die **Beitragsfrage** wurde dahin erledigt, daß 12 Beitragsklassen, abgestuft nach den Stundenlöhnen, geschaffen wurden in der Höhe von 1.70 Mk. zentralem und 40 Pf. lokalem bis 3.40 Mk. zentralem und 80 Pf. lokalem Beitrage pro Woche. Die Beiträge der Erwerbslosen betragen 70—100 Pf., die der Lehrlinge bzw. jugendlichen Arbeiter 40 Pf. Die **Streikunterstützung** beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft 5—15,50 Mk., die Erwerbslosenunterstützung 1.60—7 Mk. pro Tag. Die Unterstützung für Familien Streikender und Kinder wurden verdoppelt, desgleichen die Sterbeunterstützung. Gemaßregelte erhalten beim Umzuge bis 240 Mk.

Ein **Verbandstag des Schuhmacherverbandes** wurde vom 28. bis 30. April in Nürnberg abgehalten. Ursprünglich war geplant, die Tagung in Leipzig stattfinden zu lassen. Nach der teilweisen Zerstörung des „Volkshauses" durch die Reichswehrtruppen wurde jedoch Nürnberg als Tagungsort bestimmt. Aus dem Geschäftsberichte ging hervor, daß 80 Proz. der Schuhmacher in der freien Gewerkschaft, 6 Proz. in der christlichen und 1,4 Proz. im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisiert sind. Vorsitzender Simon schilderte in seiner Ergänzung zum Geschäftsberichte die gegenwärtige Lage auf dem Schuhmarkte, die gewaltig gesteigerten Preise für Schuhe, die Schwierigkeit, zum Teil Unmöglichkeit für die Arbeiterschaft, sich infolge der hohen Preise ausreichend mit Schuhwerk versehen zu können. Die Folge davon sei ein starkes Anwachsen der Lagerbestände in den Schuhfabriken und eine starke Einschränkung der Beschäftigung für die Schuharbeiter. Dem Abschlusse des neuen Reichstarifs für die Schuhindustrie stimmte der Verbandstag einmütig zu. Nach einem Referat über: „Rätesystem, Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaften" wurde eine Entschließung angenommen, die im wesentlichen besagt, daß die Forderung auf unverzügliche Revidierung des Betriebsrätegesetzes zu erheben sei. Vorstand und Beirat wurden beauftragt, die Frage des Austritts aus der Arbeitsgemeinschaft zu prüfen und zu gegebener Zeit durchzuführen. Der Verbandstag erklärte sich weiter einstimmig für die Schaffung eines Industrieverbandes. Zu diesem Zwecke soll mit den übrigen Verbänden aller lederverarbeitenden Industrien in Verbindung getreten werden. Die **Beitragsfrage** wurde geregelt durch Festsetzung von vier Klassen mit 1 Mk., 2 Mk., 2,75 Mk. und 3,50 Mark Wochenbeitrag. Sämtliche Unterstützungen erfahren eine Erhöhung. Die **Streikunterstützung** soll fortan betragen, abgestuft nach der Mitgliedschaftsdauer und der Beitragsklasse, 24—100 Mk. pro Woche. Außer einer durchgreifenden Gehaltsregelung für die Verbandsangestellten wurde vom Schuhmacherverband eine Ruhegehaltskasse für arbeitsunfähig gewordene Angestellte eingerichtet. Das Verbandsorgan, bisher in Gotha unter der Redaktion W. Bocks herausgegeben, wird fortan in Nürnberg unter neuer Leitung erscheinen.

Anfang Mai hielt der **Zentralverband der Steinarbeiter** einen Verbandstag in Würzburg ab. Aus dem Geschäftsberichte des Vorstandes ging hervor, daß die Mitgliederzahl gegenwärtig 42000 beträgt. Im Jahre 1919 waren allein 31000 Neuaufnahmen zu verzeichnen! Die zentrale Abwicklung des Tarifwesens in der deutschen Steinindustrie steht dicht vor ihrem Abschlusse. Der Redakteur des „Steinarbeiters" hob in seinem Berichte hervor, es sei Aufgabe der Verbandsleitung, insbesondere der Schriftleitung, die parteipolitische Neutralität innerhalb des Steinarbeiterverbandes zur Durchführung zu bringen. In der lebhaften Diskussion wurde anerkannt, daß der Vorstand mit Fleiß für die Interessen der Mitglieder tätig war. Ein Antrag, der besagte, daß die Vorstandsbeamten und Gauleiter, die heute noch der Mehrheitssozialdemokratie angehören, dort auszuscheiden und sich der USP. anzuschließen hätten, wurde glatt abgelehnt. Nicht eine Stimme fand sich dafür, nicht einmal unter den zur USP. gehörenden Vertretern. Mit 50 gegen 32 Stimmen wurde dem Vorstand Entlastung ausgesprochen. Die Beiträge wurden für die einzelnen Klassen auf 3,50, 3, 2,50, 2 und 1,50 Mark festgesetzt. Die Unterstützungssätze wurden dementsprechend neugeteilt geregelt. Zur Verschmelzungsfrage regte der Verbandstag an, die baugewerblichen Organisationen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, um über die Schaffung eines Baugewerkbundes zu beraten. Bei der Vorstandswahl erklärte der oppositionelle Vorsitzende der Wahlkommission, daß diese einstimmig beschlossen hätte, den alten Vorstand in seiner Gesamtheit einschließlich des Redakteurs wieder in Vorschlag zu bringen. Bei der geheimen Abstimmung enthielten sich 10 Delegierte der Stimme; für die Wahl der bisherigen Vorstandsmitglieder stimmten 71 Delegierte.

Ein **Verbandstag des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren** tagte vom 5. bis 10. Mai in Nürnberg. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es eine längere Auseinandersetzung über **Betriebsorganisationen**. Die einstimmige Meinung der Delegierten ging dahin, daß Mitglieder unionistischer Betriebsorganisationen oder Mitglieder, die deren Bestrebungen direkt oder indirekt fördern, nicht Mitglieder des Zentralverbandes sein können. In der Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes wurde an dessen Tätigkeit nur wenig ausgesetzt. Die Erörterungen drehten sich in der Hauptsache um die Kriegspolitik der Gewerkschaften, Arbeitsgemeinschaften usw. Interessant war, daß sich der Führer der Opposition auf dem letzten Verbandstag in Leipzig 1918, Barth (Berlin), jetzt sehr scharf gegen die Redner der Opposition wandte. Er führte u. a. aus, er stehe zwar noch zu dem, was er in Leipzig gegen die Generalkommission gesagt habe, seit der Revolution habe sich jedoch die Generalkommission völlig einwandfrei verhalten, so daß man sie doch nicht weiter bekämpfen könne. Der revolutionäre Gedanke dürfe nicht in sinnlose revolutionäre Phrase ausarten. Man treibe mit dem Worte „revolutionär" Schindluder. Ein Antrag Berlin, dem Gewerkschaftsbunde die Beiträge so lange zu sperren, bis der Bundesvorstand durch Personen besetzt ist, die auf dem Boden der revolutionären Arbeiterbewegung stehen, wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft entfesselte eine ausgedehnte Diskussion. Die große Mehrheit der Delegierten sprach sich für die Arbeitsgemeinschaft aus. Die Meinung der politisch auf dem Boden der USP. stehenden Delegierten

war geteilt. Die einen verwarfen die Arbeitsgemeinschaft grundsätzlich, weil im Interesse des Kapitals gelegen, während die andern erklärten, man müsse als Gewerkschaftler Realpolitik betreiben und jedes Mittel benützen, um eine Besserstellung der Arbeiter und ein größeres wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht zu erreichen. Bei der Abstimmung erklärten sich 105 Delegierte für die Beibehaltung und 47 für die Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft. In einer mit sehr starker Mehrheit angenommenen Resolution wurde erklärt, daß der Verbandstag durch die in den Arbeitsgemeinschaften getroffenen Vereinbarungen keinen Waffenstillstand mit den Unternehmern erblicken kann, sondern sie als Stützpunkt auf dem Wege der Betriebsdemokratie betrachtet. Das Streikrecht dürfe durch den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft in keiner Weise beeinflußt werden. Die vorgelegten Leitsätze zum Abschlusse von Reichstarifen wurden einstimmig angenommen. Die Bestrebungen auf Zusammenschluß zu einem Nahrungs- und Genußmittelindustrieverband traten schärfer als bei früheren Tagungen in den Vordergrund. Infolgedessen erklärte sich der Verbandstag einstimmig für die Schaffung eines Industrieverbandes. Die Verbandsbeiträge betragen 50 Pf. bei einem Wochenlohne bis 35 Mk. (Jugendliche) und steigen bei je 35 Mk. höherem Lohn um 50 Pf. Die Streikunterstützung wurde wesentlich erhöht; sie beträgt 7—15 Mk. täglich, dazu für jedes Kind 1,50 Mk. Als Zweck des Verbandes wurde den Satzungen eingefügt: „die Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise zu fördern". Sämtliche Vorstandsmitglieder und die Redakteure wurden wiedergewählt.

Ein Verbandstag der Bauarbeiter führte in der Zeit vom 8. bis 14. Mai 275 Delegierte und zahlreiche Vertreter ausländischer Verbände in Karlsruhe zusammen. Dazu kamen 20 Gauleiter und 9 Hauptvorstandsmitglieder. Verbandsvorsitzender Päplow verwies im Geschäftsbericht auf den glänzenden Mitgliederaufstieg bis 470000. Der Bauarbeiterverband stehe fest auf dem Boden der Resolution des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, er sei den politischen Parteien gegenüber neutral; um Politik aber komme jetzt keine Gewerkschaft herum. Dann wandte sich der Verbandsvorsitzende scharf gegen einseitige politische Umtriebe der Zahlstellen Bremen und Merseburg, auch gegen einzelne Mitglieder. Winnig ist aus dem Verband ausgetreten. Gegenüber scharfen Angriffen des Vertreters der Opposition gegen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes wurde von letzterem in eindrucksvollen Worten davor gewarnt, die politische Zersplitterung in die Gewerkschaft hineinzutragen. Die übergroße Mehrzahl der Delegierten erkannte die Tätigkeit an und erteilte dem Verbandsvorstande mit 220 gegen 70 Stimmen Entlastung. Angenommen wurde sodann in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 91 Stimmen folgende Resolution:

Der Deutsche Bauarbeiterverband ist entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses parteipolitisch neutral.

Allen Mitgliedern des Verbandes steht es frei, einer Partei anzugehören, die ihrer politischen Überzeugung entspricht. Kein Verbandsmitglied darf wegen seiner politischen Überzeugung oder wegen politischer Handlungen ausgeschlossen oder sonstwie benachteiligt werden.

Der Verbandstag spricht aus, daß es wider die Neutralität verstößt, wenn Gelder des Verbandes oder Mittel, die im Namen des Verbandes aufgebracht werden, politischen Parteien überwiesen werden.

Weiter steht der Verbandstag auf dem Standpunkte, daß bei Besetzung von Posten oder bei Wahlen innerhalb des Verbandes nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten ausgegangen werden darf.

August Winnig, der frühere zweite Verbandsvorsitzende, wurde als unwürdig für den Verband erklärt. Über seine erneute Aufnahme kann nur ein Verbandstag entscheiden. Eine gründliche Aussprache über die Sozialisierung des Baugewerbes zeitigte die Annahme einer Resolution, in der der Verbandsvorstand beauftragt wird, seine Bemühungen um die Sozialisierung des Baugewerbes tatkräftig fortzusetzen und dem nächsten Verbandstag über seine Tätigkeit und Erfolge erneut Bericht zu erstatten. Ein Vorstandsantrag, 5 Millionen für den neuen Verband sozialisierter Baubetriebe zur Verfügung zu stellen, fand Annahme. Mit Zweidrittelmehrheit beschloß der Verbandstag nach sehr lebhafter Aussprache den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Er bekundete jedoch nichtsdestoweniger seine Bereitwilligkeit, auch in Zukunft mit den Unternehmern in ein Vertragsverhältnis zu treten, wenn der Inhalt des Vertrags den berechtigten Wünschen und Forderungen der Bauarbeiter entspricht. Die vom Vorstand eingeschlagene Tarifpolitik fand Bestätigung. Selbst ein auf ausgesprochen kommunistischem Standpunkte stehender Vertreter (Brandler [Chemnitz]), der Wortführer der Opposition, mußte zugeben, daß er, wenn er an der Spitze stünde, auch keine andre Tarifpolitik hätte treiben können. Die Mängel lägen am heutigen System. Der Verbandsbeitrag wurde auf 75 Proz. des Stundenlohns festgesetzt, das Eintrittsgeld auf 3 Mk. erhöht. Die Unterstützungssätze erfuhren eine Regelung entsprechend den neuen Beiträgen. Neueingeführt wurde die Invaliden- und Altersunterstützung. Die Streikunterstützung beträgt in der niedrigsten Klasse 4—8 Mk., in der höchsten Klasse 10,40—20,80 Mk. täglich, in Einzelfällen bis zur 30 Mk., dazu kommen noch Zuschüsse für Kinder. Für politische Streiks werden keine Unterstützungen bewilligt; dahingehende Anträge wurden abgelehnt. In der Zusammensetzung des Verbandsvorstandes erfolgte keine Veränderung.

Nach den Epilogen und Dialogen zu schließen, die in der „Fachzeitung für Schneider" zu finden sind, ist es auf dem Verbandstage des Deutschen Schneiderverbandes vom 5. bis 14. Mai in Nürnberg nicht nur sehr stürmisch zugegangen, sondern es werden die hauptsächlichen Beschlüsse des Verbandstags in den Mitgliederkreisen auch mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen. Wirkliche Befriedigung über den Verlauf und das Ergebnis der zehntägigen Generalversammlung scheint auf keiner Seite vorhanden zu sein. Anderthalb Tage nahm allein die Mandatsprüfung der Berliner Vertretung in Anspruch. Aus dem Berichte der Mandatsprüfungskommission ergab sich nämlich, daß bei den Berliner Delegiertenwahlen grobe Verstöße gegen die Satzungen vorgekommen waren. Die Kommission beantragte einstimmig, die Berliner Mandate sämtlich für ungültig zu erklären. Um jedoch eine Spaltung der Organisation zu vermeiden, wurde schließlich der Ausweg gefunden, den Berliner Delegierten die Ausübung des Mandats zu gestatten, dagegen aber die vorgekommenen Wahlunregelmäßigkeiten scharf zu verurteilen und in den Satzungen Vorkehrungen gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse zu treffen. Die Aussprache über den Geschäftsbericht des Vorstandes bewegte sich zumeist auf politischem Gebiete, wobei die Fragen der Kriegspolitik der Gewerkschaften, der Revolution, der Räterepublik und Diktatur und der parteipolitischen Neutralität herangezogen wurden. Innere Verbandsvorgänge fanden nur nebenbei Besprechung. Das von der Berliner Opposition beantragte Mißtrauensvotum gegen den Vorstand war gleichfalls von politischen Gesichtspunkten diktiert. Dem Vorstande wurde vorgeworfen, er wolle, anstatt den revolutionären Kampf des Proletariats zu fördern und sich konsequent auf den Boden des Rätesystems zu stellen, eine Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit herbeiführen. Eine von der Mehrheit eingebrachte Resolution billigte dagegen die Haltung des Vorstandes und stellte sich bezüglich der Neutralität auf den Boden des Beschlusses des Nürnberger Gewerkschaftskongresses. Mit 69 gegen 50 Stimmen wurde später eine Vertrauenskundgebung für die Geschäftsführung des Vorstandes und der Redaktion angenommen. Das Tarifwesen hat im Schneiderverband im weitesten Ausmaß Ausbau gefunden. Besondere Tagesordnungspunkte des Verbandstags waren: „Die Möglichkeit der Sozialisierung in der Schneiderei und verwandten Berufen" und „Die Arbeitsgemeinschaften und ihre Aufgaben". Zu beiden Punkten lehnten es die vorgesehenen Korreferenten der Opposition ab, das Referat zu halten. In einer angenommenen Resolution kommt zum Ausdruck, daß, solange die privatkapitalistische Wirtschaft nicht durch die sozialistische ersetzt ist, die Arbeitsgemeinschaften ein geeignetes Instrument sind, den Weg zur Betriebsdemokratie zu ebnen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Ein Antrag betreffend den Zusammenschluß aller Verbände in der Bekleidungsindustrie zu einem Industrieverbande wurde dem Vorstande zur weiteren Behandlung überwiesen. Eine Beitragserhöhung wurde beschlossen, die Einführung der Erwerbslosenunterstützung jedoch abgelehnt, und damit auch die einbegriffene Reise- und Krankenunterstützung. Die anwesenden Vertreter des Hutmacher- und des Kürschnerverbandes erklärten darauf, daß sie die abgelehnten Unterstützungsarten nicht preisgeben würden, weshalb auch die Verschmelzungsfrage für sie vorläufig erledigt sei. Beschlossen wurde dann, alle das Unterstützungswesen betreffende Anträge im Urabstimmungswege zu erledigen. Die Streikunterstützung wurde jedoch vom Verbandstage nicht unwesentlich erhöht. Nach stürmischer Debatte wurde mit 66 gegen 56 Stimmen beschlossen, den Sitz des Verbandes von Berlin nach Hamburg und den Sitz des Ausschusses von Hamburg nach München zu verlegen. Als Verbandsvorsitzende wurden Spreeberg und Pletil gewählt, während dem seitherigen Vorsitzenden Stühmer ein Sekretärposten übertragen wurde. Der bisherige Redakteur lehnte es ab, mit nach Hamburg übzusiedeln und verzichtete damit auf seine Wiederwahl. Hinsichtlich der Gehälterregelung für die Angestellten wurde dem Vorstande die Gehälterskala des Holzarbeiterverbandes zur Berücksichtigung überwiesen.

Während bei den ersten fünf der hier kurz geschilderten Verbandstagungen der einsetzende Gesundungsprozeß in der deutschen Arbeiterbewegung und eine ruhigere Beurteilung der wichtigsten gewerkschaftlichen Zeit- und Streitfragen deutlich wahrnehmbar werden, ist im Deutschen Bekleidungsarbeiterverbande — wie der Schneiderverband zukünftig heißen wird — noch alles in voller Gärung begriffen. Der Verlauf des Schneiderverbandstages erinnert lebhaft an die letzte Tagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Bekanntlich ist die neue radikale Leitung des letzteren vom Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems sehr bald auf den Boden der realen Tatsachen des Wirtschaftskampfes hinübergewechselt. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis kommt am sinnfälligsten zum Ausdruck bei einem Vergleiche der Schreibweise der „Metallarbeiterzeitung" und der praktischen Betätigung des Verbandsvorstandes. In Nr. 22 des Verbandsorgans ist beispielsweise eine „Zur Abwehr" überschriebene Notiz des Verbandsvorstandes enthalten, worin es in der Einleitung heißt:

Die „Freiheit" vom 19. Mai bringt einen Artikel: „Industrieverband, Räteorganisation oder Arbeitsgemeinschaft?" von Heinrich Malzahn, der folgende Sätze enthält: „Was tut der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes? Als Richard Müller in der ‚Metallarbeiterzeitung' Nr. 18 in einem Artikel ‚Unternehmerfrechheit' eine ‚Musterarbeitsordnung' einer scharfen Kritik unterzog, beschlagnahmte der Vorstand die Zeitung. Ein paar hunderttausend Exemplare mußten wieder eingestampft werden — und das alles, damit die ‚wirtschaftsfriedlichen Verhandlungen, nicht gestört wurden! So weit wären wir denn glücklich."

Aus der Abwehr selbst geht hervor, daß sich der Verbandsvorstand zu der ungewöhnlichen Maßnahme gegen die Redaktion veranlaßt sah, weil er sich in einer Kampfhandlung befand, „die auf Grund der geschlossenen Macht des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Gesamtverbande Deutscher Metallindustrieller erzwungen worden war". Infolgedessen habe der betreffende Artikel zurückgehalten werden müssen, bis die Verhandlungen zu einem gewissen Abschlusse gekommen waren, was ein jeder Kollege, besonders in der jetzigen wirtschaftlichen Situation, ohne weiteres verstehen werde. Die demnächst stattfindende Sitzung des erweiterten Beirats werde sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und Klarheit schaffen.

Drastischer dürfte der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis im Gewerkschaftskampfe wohl noch nicht hervorgetreten sein. Trotzdem wird sich niemand darüber wundern, der die Gesetze kennt, nach denen im wirtschaftlichen Kampfe gehandelt werden muß. Eine Enttäuschung dürften ob solcher Vorfälle nur diejenigen erleben, die zu fest an die Schlagworte geglaubt haben, mit deren Hilfe die im Kampf erfahrenen und erprobten Gewerkschaftsführer als „Bonzen" verächtlich gemacht und beseitigt wurden von denen, die nun neuen Wein in die alten Schläuche füllen. Der fortschreitende Gesundungsprozeß in der deutschen Arbeiterbewegung dürfte noch manche Aufklärung bringen über revolutionäres Wortgepolter und praktische Tätigkeit. Nicht auf Scheinerfolge, sondern auf wirkliche dauerhafte Erfolge muß unser gewerkschaftliches Streben und Denken gerichtet sein!

▫ Aus dem Genossenschaftsleben ▫

Die genossenschaftliche Organisation des Wirtschaftslebens

In nahezu 40000 Genossenschaften Deutschlands sind 5 Millionen Familien mit mindestens 20 Millionen Angehörigen organisiert — also einem Drittel der heutigen Reichsbevölkerung. Organisatorisch übertrifft diese Tatsache allerdings die wirtschaftliche Bedeutung des Genossenschaftswesens noch weithin. Denn noch nicht ein Drittteil, höchstens ein kleiner Bruchteil des Drittels vom Wirtschaftsleben Deutschlands, soweit es sich um Nahrungsmittel- und Verbrauchsgütererzeugung und -verteilung handelt, ist von den Genossenschaftsorganisationen erfaßt. Und trotzdem ist die Tatsache der genossenschaftlichen Organisation an sich mit 40000 Einzelkörpern, 20 bis 25 Landes- und vielleicht einem Dutzend Zentralorganisationen von außerordentlich weittragender Bedeutung.

Ein auf diesem Gebiete beschlagener Reichswirtschaftsminister könnte auf dieser Grundlage eine Ernährungsorganisation schaffen, die maßgebend und entscheidend für die gesamte Ernährungs- und Hausgüterwirtschaft werden müßte. Was dies vom Standpunkte der Sozialisierung aus zu bedeuten hätte, liegt auf der Hand. Vielleicht ein andermal mehr darüber.

Von besonderem Interesse in dieser Gesamtziffer des deutschen Genossenschaftswesens sind für den Verbraucher immer noch in erster Linie die Konsumvereine. Wie es damit zu Anfang des Jahres 1920 stand, erfährt man aus den vorläufigen Veröffentlichungen der Jahresstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. In rund 2500 Konsumvereinen gibt es heute 3200000 genossenschaftlich organisierte Verbraucherfamilien, die mit ihren Angehörigen rund 15 Millionen Seelen zählen mögen — also ein Viertel des ganzen deutschen Volkes.

Auch hier trifft zu, daß die organisatorische Bedeutung der Tatsache noch weit, weit die wirtschaftliche überragt. Denn mit etwa einer Milliarde Jahresumsatz, worin vielleicht 250 Millionen eigner Warenerzeugung enthalten sind, bleibt der Anteil am Wirtschaftsleben in Warenverteilung und -erzeugung auch nur für den hauswirtschaftlichen Bedarf weit hinter den Möglichkeiten zurück. Aber auch hier gilt die Schlußfolgerung, daß die Tatsache der konsumgenossenschaftlichen Organisation an sich schon von weittragendster Bedeutung für das künftige organisierte Wirtschaftsleben ist. Es handelt sich nur darum, diese Tatsache mit großzügiger Energie und Folgerichtigkeit nicht nur seitens der Genossenschaftsleitungen, sondern in erster Linie seitens der Länder- und Reichsregierungen zu nützen.

*

Ablauf der genossenschaftlichen Reichstarife

In Hamburg haben unlängst Verhandlungen der beteiligten Gewerkschaften mit Genossenschaftsvertretern stattgefunden, die das Ergebnis zeitigten, daß aus grundsätzlichen Erwägungen der Genossenschaften eine Erneuerung der bis 31. Juli 1920 geltenden Tarife der Bäcker und Transportarbeiter nicht mehr stattfindet. Während die Gewerkschaftsvertreter die Verantwortung hierfür ablehnten, machten die Genossenschaftsvertreter geltend, daß die Tarife von den beteiligten Arbeitern zum Teil unter Führung der Gewerkschaftsleitungen vollkommen durchlöchert seien und keinerlei Beachtung finden, daß außerdem die wirtschaftlichen und Konkurrenzverhältnisse sich für die Konsumvereine so zugespitzt haben, daß die tarifarische Grundlage der Arbeitsverhältnisse in ihren und den Privatbetrieben auf gleichen Boden gestellt werden müssen und demgemäß allgemeine Reichstarife an Stelle der genossenschaftlichen Sondertarife zu schaffen seien. Es heißt also: „Die Tarife sind tot — es lebe der Tarif!" [:]